GESUNDHEIT

Fragwürdiges Geschäftsmodell

Eine im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellte Studie zum Wettbewerb im Gesundheitswesen stellt dem System der Privaten Krankenversicherung (PKV) ein vernichtendes Urteil aus. Es gebe begründete Zweifel, „dass die PKV ihren Ansprüchen gerecht werde, einen besseren Schutz gegen Beitragssteigerungen zu bieten“, heißt es in der noch unveröffentlichten Expertise des Berliner Forschungsinstituts Iges und des früheren Wirtschaftsweisen Bert Rürup. Die Wissenschaftler haben errechnet, dass die Leistungsausgaben je Versicherten bei der PKV zwischen 1997 bis 2008 um 49 Prozent gestiegen sind. Bei den gesetzlichen Kassen waren es nur 31 Prozent. Die privaten Versicherer köderten junge und gesunde Kunden mit billigen Tarifen. Diese Praxis „führte aber zu überdurchschnittlichen Prämienzuwächsen in der Folgezeit“. Die Autoren halten es für ein „wirtschaftspolitisches Problem“, dass sich in der Branche kein echtes Werben um ältere Bestandskunden ergebe. „Daher fehlt die Grundlage für einen an den Nachfragepräferenzen orientierten und somit effizienten Wettbewerb“, heißt es in der Studie: „Der versicherungstechnische Fortschritt bleibt auf diese Weise stark gehemmt.“



WECKER / ULLSTEIN BILD

Orthopädie-Patientin

DEUTSCHE BAHN

Gefährliche Eisklumpen

Bahnfahrer müssen noch bis ins Frühjahr hinein mit Verspätungen, technischen Problemen und überfüllten Zügen im Fernverkehr rechnen. Die Schwierigkeiten seien nicht über Nacht in den Griff zu bekommen, heißt es bahnintern. „Für unser Image ist das eine Katastrophe“, klagt ein Vorstand. Hauptursache ist ein Wartungsstau bei den ICE-Zügen, die seit einem Achsbruch vor eineinhalb Jahren ohnehin alle drei Wochen untersucht werden müssen. Die Hochgeschwindigkeitszüge sind anfällig gegen Kälte, etwa durch Vereisungen an den Radläufen. Fallen diese Eisklumpen bei Tempo 250 ab, schleudern sie den Schotter aus dem Gleisbett gegen den Unterboden der Fahrzeuge. Das wiederum hat zu zahlreichen Schäden an Elektronik, Rädern und Achsen geführt. Mittlerweile stauen sich die Züge bereits vor den Werkstätten. Auch bei Tauwetter wird es Wochen dauern, bis der Wartungsstau abgearbeitet ist. Um den Engpass zu überbrücken, richtet die Bahn sechs bereits eingemottete Diesel-ICE wieder für den Fahrbetrieb her. Auf der Strecke zwischen Frankfurt am Main und Paris ersetzen neuerdings zwei Züge der französischen Staatsbahn die ICE.



Regionalbahn in Schneeverwehung

GEWERKSCHAFTEN

Arbeit statt Geld

Die Gewerkschaft IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wollen ihre für April geplante Tarifrunde vorziehen und noch im Februar auf regionaler Ebene mit Verhandlungen beginnen. Erstmals in ihrer Geschichte wird die IG Metall unter ihrem Vorsitzenden Berthold Huber dabei keine prozentuale Lohnforderung erheben. Einen entsprechenden Beschluss will der Vorstand am Dienstag dieser Woche fassen. Das Ziel der Gewerkschafter ist vielmehr, trotz der anhaltenden Krise möglichst viele Arbeitsplätze in der Branche zu erhalten. Bei den Sondierungsgesprächen in den vergangenen Wochen haben die Arbeitgeber schon ihre Bereitschaft signalisiert, die Sicherung von Beschäftigung im Tarifvertrag zu regeln. Im Gegenzug will die IG Metall nur bescheidene Lohnforderungen stellen. Denkbar wäre eine Öffnungsklausel in den Tarifverträgen. Gewerkschaft und Arbeitgeber würden sich demnach auf eine generelle Nullrunde einigen. Nur gesunde Unternehmen müssten Lohnerhöhungen zahlen – etwa in Form von Einmalprämien. Zudem will die IG Metall erreichen, dass sich die Arbeitgeber zur Fortbildung ihrer Beschäftigten, zur Übernahme von Auszubildenden und zur dauerhaften Finanzierung der Altersteilzeit verpflichten. Der neue Tarifvertrag soll bis mindestens Mitte 2012 gültig sein.



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Huber



FRANK HORMANN / AP

BANKEN

Glückliche Kunstspekulation

Der Verkauf einer dürren Bronzeplastik hat der Dresdner Bank einen gigantischen Spekulationsgewinn beschert. Etwa 400 000 Mark hatte das Unternehmen im Jahr 1980 für das Werk des Schweizer Bildhauers Alberto Giacometti ausgegeben. Nun wechselte es nach einem intensiven Bietergefecht bei Sotheby's in London für umgerechnet 74 Millionen Euro den Besitzer und wurde damit zum teuersten jemals bei einer Auktion gehandelten Kunstwerk. Da die Bank bei ihren Wertpapiergeschäften nicht so glücklich wie bei ihren Kunstgeschäften agierte, wurde sie 2009 von der Commerzbank übernommen. Die hat nun neben Giacomettis „L'Homme qui marche I" auch 3000 Werke von Henry Moore, Alexander Calder, Max Ernst, Andy Warhol und vielen weniger bekannten Künstlern geerbt.

Vor ein paar Jahren wurde der Wert der gesamten Sammlung auf vergleichsweise dürre 25 Millionen Euro taxiert. Nun heißt es bei der weniger kunstsinnigen Commerzbank vorsichtig, dass „pauschale Aussagen zum Wert einer Sammlung grundsätzlich nicht möglich sind". Vielen Werken wird ein Wert von deutlich über einer Million Euro zugeordnet. Die Kunstsammlung wird allerdings von einer anderen in den Schatten gestellt: Die Deutsche Bank hat im Laufe der Zeit mehr als 56 000 Kunstwerke erworben. Deren aktueller Wert wird von Kennern auf über eine Milliarde Euro geschätzt.



SOTHEBY'S HANDOUT / DPA

Giacometti-Plastik „L'Homme qui marche I", 1961

TELEKOM

Hauptzeuge verweigert die Aussage

Im Ermittlungsverfahren zur Bespitzelung von Journalisten und Aufsichtsräten bei der Deutschen Telekom AG hat der Hauptbelastungszeuge, Michael Hoffmann-Becking, eine erneute Aussage verweigert. Der Düsseldorfer Anwalt hatte in einer ersten Vernehmung 2008 den Ex-Telekom-Vorstandschef Kai-Uwe Ricke sowie Ex-Aufsichtsratschef Klaus Zumwinkel schwer belastet. Nun beruft er sich auf eine nicht ordnungsgemäße Entbindung von seinem damaligen Mandat. Die Bonner Staatsanwaltschaft hat Klage wegen „Verweigerung einer Zeugenaussage" gegen ihn eingereicht. Hoffmann-Becking hatte Zumwinkel und Ricke im Zusammenhang mit den vermeintlichen Lecks im Telekom-Aufsichtsrat juristisch beraten (SPIEGEL 21/2009) und war von der Telekom – nicht aber von Zumwinkel und Ricke – von seiner Verschwiegenheitspflicht entbunden worden. Durch Hoffmann-Beckings Weigerung hat sich das Verfahren erneut verzögert.



FRANK DARCHINGER

Ricke, Zumwinkel

LANDWIRTSCHAFT

Ärger um Gen-Äcker

Bei der Anmeldung zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sind offenbar erneut Unstimmigkeiten aufgetreten. Die Umweltschutzorganisation Greenpeace kritisiert, allein in Bayern und Brandenburg seien 6 von 24 angemeldeten Flächen falsch eingetragen. Im bayerischen Landkreis Kitzingen etwa sei eine angemeldete Fläche für den umstrittenen Gen-Mais Mon810 etwa sechsmal so groß wie das tatsächliche Feld. Durch den schlampigen Umgang der Behörden mit den Anmeldungen sei das wichtige Standortregister „fast unbrauchbar", moniert eine Greenpeace-Sprecherin. Insgesamt sind beim zuständigen Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für dieses Jahr gut tausend Hektar Gen-Anbaufläche angemeldet worden – für Mon810 des US-Saatgutmultis Monsanto und die Gen-Kartoffel Amflora von BASF. Allerdings ist die Kartoffel bisher nicht für den kommerziellen Anbau zugelassen, und den Gen-Mais-Anbau hat Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner im vergangenen Jahr wegen Bedenken verboten. Dagegen klagen einige Landwirte mit Hilfe der Industrie, darunter offenbar auch diejenigen des Landkreises Kitzingen, deren Flächenangaben zweifelhaft scheinen. Eine Sprecherin des Berliner Landwirtschaftsministeriums gibt zu, dass es in der Vergangenheit zu „Unstimmigkeiten" bei der Flächenanmeldung gekommen ist. Eine genaue Überprüfung obliege allerdings den Bundesländern.